

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 80 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Marie Schlei MdB, Vorsitzende des Arbeitskreises Entwicklungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion, fordert mehr Hilfe für Somalia: 1,5 Millionen Menschen vom Hungertod bedroht. Seite 1.

Klaus Daubertshäuser MdB setzt sich dafür ein, den Ferienreiseverkehr noch mehr zu entzerren: Reicht das bisherige Maßnahmenbündel aus? Seite 2/3

Horst Winterstein MdL berichtet, wie die hessische SPD-Landtagsfraktion ihre Öffentlichkeitsarbeit verstärkt: Für die Förderstufe. Seite 4

Klaus Wettig MdEP kritisiert die Abwicklung des EG-Haushalts 1978: Schwere Mängel. Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 99. / 27. Mai 1980

Somalia braucht unsere Hilfe

1,5 Millionen Menschen vom Hungertod bedroht

Von Marie Schlei MdB

Vorsitzende des Arbeitskreises Entwicklungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Als Somalia und sein Präsident Siad Barr unserem Lande in nobler Haltung und ohne Zögern in der Stunde bitterer Not zur Seite gestanden haben, um Menschen zu retten und unseren Staat vor der Erpressung zu bewahren, haben wir dies als Anfang einer herzlichen Freundschaft verstanden. Es hat zahlreiche intensive Gespräche gegeben, die Zusammenarbeit im wirtschaftlichen und technischen Bereich wurde vertieft. Dies ist durch eine Reihe von Verträgen aus den letzten beiden Jahren dokumentiert, und politisch hat die Bundesregierung keinen Zweifel daran gelassen, daß sie auf der Seite Somalias steht. Davon hat sie sich auch nicht durch verschiedene Pressionversuche abhalten lassen.

Heute braucht Somalia erneut unsere Hilfe. Das Land wird von einer Flüchtlingswelle überschwemmt, die es aus eigener Kraft nicht bewältigen kann. Bereits im Februar 1979 schätzte der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlingsfragen die Zahl der in Somalia lebende Flüchtlinge auf über eine halbe Million - Tausende kommen seither jeden Tag dazu. Dies ist bei einer Einwohnerzahl von 3,4 Millionen Menschen ein unlösbares Problem. Gegenwärtig sind in Somalia 1,5 Millionen Menschen unmittelbar vom Hungertod bedroht.

Der Unterausschuß des Deutschen Bundestages für humanitäre Hilfe hat sich deshalb zu Recht an die deutsche Bevölkerung mit dem Appell gewandt, das Land nicht im Stich zu lassen, da uns in entscheidender Stunde nicht im Stich gelassen hat. Dem kann ich nur zustimmen, denn wir selbst haben zwölf Millionen Flüchtlingen eine neue Heimat und eine Chance für die Zukunft gegeben. Wir brauchen zwar keinen Vergleich mit den Hilfeleistungen anderer Industriestaaten an Somalia zu scheuen, aber dennoch ist rasche Großzügigkeit am Platze, um noch mehr menschliches Leid abwenden zu helfen. Somalia braucht uns. Lassen wir es nicht allein.
(-/27.5.1980/vo-he/ca)



Ferienreiseverkehr entzerren

Reicht das bisherige Maßnahmenbündel aus?

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages

Bald rollt sie wieder - die große Urlaubsreisewelle auf unseren Straßen, in deren Gefolge alltägliche und spektakuläre Unfälle sich gegenseitig abwechseln. Grund genug zu fragen, was tut die Verkehrspolitik, um den Ferienreiseverkehr zu entkrampfen? Denn, obwohl die Benzinpreise steigen, gibt es immer noch eine zunehmende Zahl von Ferienreisenden, die ihre Ferienreise mit dem Kraftfahrzeug unternehmen. Auch in den diesjährigen Sommermonaten wird sich das altgewohnte Bild wiederholen. Vor allem auf den süddeutschen Autobahnen entstehen Verkehrsstauungen bis 50 und mehr Kilometer Länge. Dadurch verlängern sich die Reisezeiten um mehrere Stunden. Hinzu kommen weitere Verzögerungen durch zwangsläufig dann entstehendes mehrstündiges Warten an den Autobahngrenzübergangsstellen nach Österreich und in die Schweiz sowie an den Autobahnübergängen in die Niederlande und nach Dänemark.

Im Sommer 1979 wurden auf den Straßen der Bundesrepublik Deutschland 50 Millionen Urlaubsfahrten mit dem PKW durchgeführt, 14 Millionen hiervon entfielen auf ausländische PKWs. Diese Zahlen unterstreichen eindeutig: Die Bundesrepublik Deutschland ist das europäische Transitland.

Bereits seit Jahren bemüht sich die Bundesregierung auch im Interesse der Verkehrssicherheit mit einem ganzen Bündel abgestimmter verkehrlenkender und ergänzender Maßnahmen, die im Ferienverkehr auftretenden Schwierigkeiten zumindest zu lindern. Dabei wurde bisher auf folgende Maßnahmen gesetzt:

- 1/ Fahrverbot für schwere Lastkraftwagen auf Autobahnen an Wochenenden der Hauptreisezeit,
- 2/ Beschränkung der Bautätigkeit auf Autobahnen,
- 3/ Beschränkung des militärischen Kolonnenverkehrs,
- 4/ Einrichtung von Umleitungsstrecken für hochbelastete Autobahnen,



- 5/ Einrichtung von Autoreisezügen zur Umgehung der Engpässe,
- 6/ Verkehrslenkung mit elektronisch gesteuerten Wechselverkehrszeichen,
- 7/ verstärkte Verkehrsüberwachung - auch aus der Luft - und vermehrte Information über den Rundfunk,
- 8/ Prognostizierung der zu erwartenden Verkehrsstauungen aufgrund der vorjährigen Verkehrsströme und der ermittelten Reiseabsichten,
- 9/ umfassende Information der Bevölkerung durch Presse, Funk und Fernsehen sowie durch entsprechende Aufklärungsschriften des Bundesministers für Verkehr,
- 10/ seit 1972 Staffelung der sechswöchigen Sommerferien in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland über einen Zeitraum von 14 Wochen von Mitte Juni bis Mitte September jeden Jahres unter besonderer Berücksichtigung der sehr unterschiedlichen Bevölkerungsstärke in den einzelnen Bundesländern,
- 11/ Ferienbeginn grundsätzlich an einem Tag in der Mitte der Woche.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß diese verkehrslenkenden und sonstigen Maßnahmen alleine noch nicht ausreichen; daß weiter darüber nachgedacht werden muß, wie man die Verkehrsstauungen über das jetzt vorhandene Maß hinaus verringern kann. Mir scheint, daß insbesondere die bessere Verteilung der Urlaubsfahrten auf alle Wochen und Wochentage der Ferienzeit ein noch nicht voll ausgeschöpftes geeignetes Mittel ist, die bekannten Schwierigkeiten vor allem an besonders kritischen Wochenenden zu mildern.

Da jedoch fast ein Drittel des Ferientreiseverkehrs aus den europäischen Nachbarstaaten stammt, sind unsere europäischen Nachbarn aufgerufen, uns bei dem Bemühen um eine gleichmäßigere Auslastung des deutschen Straßennetzes in der Hauptreisezeit behilflich zu sein. Auch im Interesse des gesamteuropäischen Urlaubsverkehrs.

(-/ 27.5.1980/ks/ca)

+ + +



Für die Förderstufe

Hessische SPD-Landtagsfraktion verstärkt Überzeugungsarbeit

Von Horst Winterstein MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im hessischen Landtag

Die Überzeugungsarbeit der SPD-Landtagsfraktion für ein Förderstufenangebot in allen Landesteilen Hessens wird verstärkt. Die Aktion "Ich komm' weiter - Förderstufe!" dokumentiert bis zu den Sommerferien durch Anzeigen in den hessischen Tageszeitungen, durch Plakatwerbung und durch Info-Blätter, daß die Landtagsfraktion sich offensiv über die parlamentarische Ebene hinaus für das Kernstück der Schulreform einsetzt.

In der Aktion werden nicht die Politiker das Wort haben, sondern Eltern, Schüler und Lehrer, die mit der Förderstufe Erfahrungen gesammelt haben. Unser Ziel ist, eine Plattform zu geben für die Weitergabe dieser Erfahrungen. Die Diskussion über Schulreform soll versachlicht und die zahlreichen Befürworter der Förderstufe zu größerer Selbstsicherheit ermutigt werden.

Bei der Vorbereitung der Aktion kam in einem nicht erwarteten Maße Zustimmung zur Förderstufe aus dem ganzen Land. Der SPD-Landtagsfraktion mangelt es nicht an Stellungnahme von Eltern, Lehrern und Schülern, die in den kommenden Monaten unter ihrem Namen ein Votum für die Förderstufe in zahlreichen Zeitungsanzeigen abgeben wollen. Die Tatsache, daß viele dieser Bürger nicht parteigebunden sind, zeigt zudem, wie stark der Wunsch ist, die auf Diffamierung der Schulreform und auf Erhaltung von Bildungsprivilegien zielenden Kampagnen der hessischen CDU und ihrer Hilfsorganisation "Elternverein" nicht länger widerstandslos hinzunehmen.

Derzeit besuchen weit über fünfzig Prozent der Elf- und Zwölfjährigen in Hessen die Förderstufe und viele Eltern wünschen ihre Einführung, um ohne Zeitdruck über den weiteren Bildungsweg ihrer Kinder entscheiden zu können. Allen diesen Bürgern und den Lehrern wird jetzt ein eindeutiges Signal von der SPD-Landtagsfraktion gegeben, daß die fünfzig Parlamentarier der stärksten Regierungsfraktion einschließlich des Ministerpräsidenten und der übrigen Kabinettsmitglieder nicht daran denken, sich von CDU-Kampagnen einschüchtern zu lassen.

Dabei werden folgende Tatsachen in den Vordergrund gerückt:

- Die Förderstufe ist die Fortführung der Grundschule, in der die Kinder weitere zwei Jahre in der gewohnten Gruppe zusammenbleiben;
- Eltern und Lehrer haben mehr Zeit, die Kinder zu beobachten und ihre wirklichen Fähigkeiten kennenzulernen und
- Eltern und Lehrer müssen frei werden von dem Zwang, zur Unzeit Kinder nach Schulformen "sortieren" zu müssen.

Mehr als drei Viertel (76 Prozent) der hessischen Eltern mit schulpflichtigen Kindern halten die Förderstufe für eine "Insgesamt gute Sache". Von der Gesamtbevölkerung äußern sich 69 Prozent positiv über diese Schulform. Diese Ergebnisse einer Infratest-Untersuchung, die in den letzten Tagen bekannt geworden sind, bestärken die SPD-Landtagsfraktion in ihrer Überzeugungsarbeit für die Förderstufe: Wir setzen der Angstmache der Gegner Aufklärung entgegen!
(-/27.5.1980/ks/ca)



Trotz schwerer Mängel

Entlastung für den EG-Haushalt 1978 beschlossen

Von Klaus Wettig MdEP

Mitglied des Ausschusses für Haushaltskontrolle des Europäischen Parlaments.

Zu den bedeutsamen Beschlüssen der jüngsten Sitzungswoche des Europäischen Parlaments gehört der Entlastungsbeschuß, mit dem das Parlament die Ausführung des Haushaltsplans billigte. Die Haushaltsrechte des Parlaments werden durch dieses Entlastungsrecht wirkungsvoll ergänzt. Aus diesem Grund ist die am vergangenen Donnerstag debattierte und beschlossene Entlastung für das Haushaltsjahr 1978 keine Pflichtübung, sondern die Diskussion der Haushaltsausführung kann durchaus ein Anlaß zu einer umfassenden Kritik der Politik der EG sein.

Bei der Vorbereitung des Entlastungsberichts im Ausschuß für Haushaltskontrolle ist deshalb wegen der erheblichen Mängel bei der Ausführung des Haushaltsplan 1978 auch diskutiert worden, ob der Kommission nicht die Entlastung zu verweigern sei. Die Begründung dafür wäre den Haushaltskontrolleuren nur allzu leicht gefallen. Wer die Kritik an der Haushaltsplanausführung liest und sie mit der Haushaltspraxis der Mitgliedstaaten vergleicht, der muß leider feststellen, daß eine geordnete Mitverwaltung in der EG nur im Bereich der Agrarpolitik vorhanden ist. Aber auch hier gibt es schwere Mängel, wie ungenaue Etatisierung, unklare Eigentumsprobleme bei den Lagerbeständen und Betrügereien beim Empfang von Gemeinschaftsmitteln.

Besonders schwerwiegend ist jedoch die Tatsache, daß die Gemeinschaft 1978 Hunderte von Millionen nicht eingesetzt hat, weil es nicht möglich war, in der Kommission und in den Mitgliedstaaten rechtzeitig Programme und Projekte zu entwickeln. Dies trifft vor allem für den Sozialfonds, den Regionalfonds und die Forschungs- und Energiepolitik zu. Mit Recht erklärt deshalb das Parlament, daß ein beachtlicher Teil der auf Initiative des Parlaments für diese Bereiche bewilligten Mittel nur völlig unzureichend in die Praxis umgesetzt wurden und daß diese Nichtausführung des beschlossenen Haushalts untragbar sei. So als ob es keine Arbeitslosigkeit, keine regionalen Probleme und keine Energielücke in der EG gäbe.

Die Verantwortung dafür trifft die Kommission mit ihrer mangelnden politischen Entschlossenheit, aber zu einem beachtlichen Teil auch die unzureichende Politik des Rates und der Regierungen der Mitgliedsstaaten. Sieht man sich die mangelhafte Arbeit dieser Gremien dort an, so zeichnet sich für die nächsten Jahre eine Nichtentlastung schon ab.

(-/ 27.5.1980/hi/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

